



Liebe Leserinnen, liebe Leser

Die Corona-Krise bringt unser Leben auf nie geahnte Weise durcheinander. Die Folgen kann im Moment niemand abschätzen. Etwas jedoch beeindruckt mich sehr: die grosse Solidarität, die innert kürzester Zeit die Schweiz erfasste. In Hunderten Gemeinden entstanden Einkaufsdienste und Unterstützungsnetzwerke für besonders gefährdete oder betroffene Personen. Und wir durften uns über die Kreativität vieler Kirchgemeinden freuen, die die Ökumenische Kampagne trotz abgesagten Suppentagen und Vorträgen mit eigenen Ideen unterstützen.

Engagement ist eine grundlegende menschliche Qualität. Die Motivation dafür kann Verantwortungsgefühl sein, der Glaube an Gerechtigkeit, die Stärkung sozialer Kontakte oder der Wunsch nach Veränderung. Fest steht: Engagement ist tragend für jede Gesellschaft.

Dieses Magazin bringt Ihnen Menschen näher, die sich für ihre Werte und eine bessere Welt einsetzen. Und es appelliert auch an Ihr Engagement. Wir brauchen Sie, um uns mit unseren Partnern weiterhin für Klimagerechtigkeit, Konzernverantwortung, eine zukunftsweisende Landwirtschaft und den gesellschaftlichen Wandel einsetzen zu können. Danke, dass Sie mit Ihrem Engagement unseres weiterhin möglich machen.

Politikum

5 Zu wenig, widersprüchlich und unausgegoren

Südsicht

6 Mit Landkarten gegen Landraub

Im Wandel

8 Mit gebündelter Kraft in die Zukunft

Dossier

- 10 Mutiger Kampf für Gerechtigkeit
- 13 «An der Seite dieser Menschen kämpfen zu dürfen, gibt mir Kraft»
- 17 «Ich muss bei mir beginnen, wenn ich etwas verändern will»



Impressum

ch, 031 380 65 65

Herausgeber: Brot für alle Chefredaktion: Pascale Schnyder (pst) Redaktion: Pascale Schnyder (pst), Gabriela Neuhaus (gn), Daniel Tillmanns (dt) Korrektorat: 1-2-fehlerfrei Gestaltung und Realisation: Crafft, Zürich Bildbearbeitung: Schellenberg Druck AG, Druck: Druckerei Kyburz AG, Dielsdorf Auflage: 29 000 DE, 7400 FR Erscheinung: Viermal jährlich
Preis: CHF 5.- pro Spender/in werden für

das Abonnement verwendet
Kontakt: Brot für alle, perspektiven@bfa-ppp.



Die Moderatorin der KlimaGespräche erklärt den Teilnehmenden die nächste Übung.

Handeln statt verzweifeln

Den Lebensstil nachhaltig verändern. Das ist das Ziel der KlimaGespräche von *Brot für alle* und *Fastenopfer*. Ein Selbstversuch.

Wir starten in der Küche. «Denk an die Nahrungsmittel, die du letzte Woche gekauft hast. Woher stammen sie? Worin hast du sie transportiert? Was ist damit seither passiert? Geh jetzt weiter ins Schlafzimmer. Schau dir deinen Kleiderschrank an. Wie viele Kleider besitzt du? Wann hast du sie gekauft? Wann hast du sie das letzte Mal getragen?»

Michel Eggers Stimme hat etwas Monotones, wenn er Raum für Raum durch die Wohnung führt. Ich sitze mit geschlossenen Augen in einem Sitzungszimmer von *Brot für alle* in Bern, stelle mir mein Zuhause vor und sehe plötzlich Dinge, die ich im Alltag kaum beachte. Die Garage mit den sieben Velos. Die drei Zelte im Estrich, die höchstens ein paar Tage im Jahr im Einsatz sind. Oder die fünf Reihen Weinflaschen im Keller.

Schritt für Schritt

Der virtuelle Rundgang ist Teil eines sogenannten Klimagesprächs. Das Konzept stammt aus Grossbritannien und wird seit Anfang Jahr von *Brot für alle* und *Fastenopfer* in der Deutschschweiz angeboten. Dabei handelt es sich um sechs Gesprächsrunden à zwei Stunden, bei denen in kleinen Gruppen über das eigene Verhalten in Bezug auf Wohnen, Mobilität, Ernährung und Konsum und deren Folgen fürs Klima nachgedacht und diskutiert wird. Ziel ist, durch die individuelle Auseinandersetzung und die gegenseitige Ermutigung den eigenen CO₂-Ausstoss massgeblich zu verringern.

Die «Carbon Conversations», wie die Gesprächsreihe ursprünglich heisst, wurden von der Psychotherapeutin Rosemary Randall und

dem Ingenieur Andy Brown entwickelt. Der Grundgedanke: Ein Einzelner wird angesichts des Klimawandels eher an der Welt verzweifeln, als sie zu verändern. Viele Individuen, die merken, dass es andern auch so geht, können sich aber gegenseitig bestärken, dass klimafreundliches Handeln möglich und sinnvoll ist. Und sie finden so vielleicht in ihrem Alltag, in der Nachbarschaft oder in der Gemeinde Möglichkeiten, wie man das Leben besser, klimafreundlicher gestalten kann.

Denn selbst wenn die Klimabewegung Zehntausende auf die Strasse treibt, die letzten Wahlen eine «Klimawahl» wurden und sich plötzlich manch einer überlegt, ob man nicht doch besser mit der Bahn reist – bei vielen ist die Verunsicherung gross. Was bringt es, mit dem Velo einkaufen zu gehen, wenn die Nachbarschaft mit dem SUV Gipfeli holt? Wie komme ich aus dem Dilemma, dass ich gern Fleisch esse, dieses aber hohe CO₂-Emissionen verursacht? Darf ich jetzt nie mehr fliegen? Solche Fragen werden in den Gruppen diskutiert und nach Lösungen gesucht.

Mobilitäts- und Ernährungstagebuch

KlimaGespräche haben aber nicht nur eine psychologische, sondern auch eine technische Komponente. Zu Beginn ermitteln die Teilnehmenden über einen Online-Fragebogen ihren CO₂-Fussabdruck. Zwischen den Gesprächsrunden gibt es Lesestoff und Hausaufgaben: So gilt es etwa, die eigene Mobilität oder das persönliche Einkaufsverhalten zu dokumentieren, um im Anschluss auszurechnen, wie viel CO₂ diese verursachen.

Auch wenn sie keine politische Agenda haben – das Ziel, Menschen zu einem klimafreundlichen Handeln zu führen, erreichen die Gespräche. Dies bestätigt auch eine Studie, die in England zu den Klimagesprächen gemacht wurde. Ein Grossteil der Gesprächsteilnehmenden hat seinen $\rm CO_2\textsc{-}Ausstoss$ in den Folgejahren um bis zur Hälfte verringert.

- Thomas Angeli*

^{*}Dieser Text ist eine gekürzte Version eines Artikels aus dem «Beobachter» www.sehen-und-handeln.ch/klimagespraeche

News 4

17,2 MIO.

Menschen waren 2018 gezwungen, ihre Heimat wegen Umweltkatastrophen wie Dürre oder Hochwasser zu

Verlassen. Quelle: Global Report on Internal Displacement 2019

Ökumenische Kampagne

Briefe fürs Seco

Mit einer Briefaktion ans Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) haben während der Ökumenischen Kampagne Tausende Menschen im In- und Ausland gefordert, dass Freihandelsabkommen keine strengen Sortenschutzgesetze mehr enthalten sollen. Denn mit den Sortenschutzgesetzen verlieren Bauern und Bäuerinnen weitgehend das Recht am eigenen Saatgut. Um diesem Anliegen Nachdruck zu verleihen, engagiert sich Brot für alle in der neu gegründeten Saatgutkoalition, die sich für den Erhalt von bäuerlichem Saatgut einsetzt. www.recht-auf-saatgut.ch/aktuelles



«Anfangs glaubte ich, ich würde um Kautschukbäume kämpfen, dann um den Regenwald. Mittlerweile weiss ich, dass mein Kampf dem Überleben der Menschheit gilt.»

Chico Mendes, Kautschukzapfer, Gewerkschafter und Umweltschützer, 1944-1988



Konzernverantwortung

Konzernreport als **DVD** erhältlich

Im Mai hätte das Parlament definitiv entscheiden müssen, ob es sich auf einen gemeinsamen Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative einigen kann. Die Session musste jedoch aufgrund der Corona-Krise abgebrochen werden, der weitere Zeitplan ist noch unklar. Auch die zahlreichen Filmabende der Lokalkomitees mussten abgesagt werden. Deshalb kann der Film «Konzernreport» nun als DVD bestellt werden unter:

www.konzern-initiative.ch/dvd

Foodsave-Bankett

Foodsave macht Schule

Bereits zum fünften Mal lädt das Foodsave-Bankett Ende September in Bern Passantinnen und Passanten an eine lange Tafel. Über 20 Organisationen engagieren sich jeweils für das Bankett, an dem rund 1500 Menus aus überschüssigen Lebensmitteln serviert werden. Nun soll das Berner Erfolgsrezept auch in anderen Städten und Regionen Fuss fassen. Brot für alle baut zusammen mit weiteren Organisationen eine Koordinationsstelle dafür auf. Dank finanzieller Unterstützung der SV-Stiftung können Bankett-Neulinge vom Knowhow profitieren und erhalten eine Anschubfinanzierung. www.foodwaste.ch



Ökumenische Kampagne

Rosen für alle

Wegen des Coronavirus musste die jährliche Rosenaktion, mit der Brot für alle und Fastenopfer Spenden für ihre Projekte im Süden sammeln, leider

abgesagt werden. Damit die Rosen nicht einfach auf dem Kompost landen, verschenkten die beiden Organisationen die 50 000 Rosen kurzerhand an Spitäler, Alters- und Pflegeheime. Die Freude bei den Betagten und den Mitarbeitenden der Gesundheitsorganisationen über das kleine Zeichen der Solidarität war gross. Auch Sie können jemandem mit einer virtuellen Rose oder einem Blumenstrauss eine Freude bereiten und damit Kleinbauernfamilien in Guatemala unterstützen: www.give-a-rose.ch



Politikum 5

Zu wenig, widersprüchlich und unausgegoren

Schweizer Entwicklungszusammenarbeit 2021–2024

In der Schweiz legen Bundesrat und Parlament alle vier Jahre die strategische Ausrichtung der Internationalen Zusammenarbeit (IZA) fest. Im Zentrum des Mandats stehen die Linderung von Not und Armut sowie die nachhaltige Entwicklung. Als thematische Schwerpunkte schlägt der Bundesrat für die nächste Periode 2021-2024 die Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsplätzen vor Ort vor, den Kampf gegen den Klimawandel, die Reduktion der Ursachen von Flucht und Migration sowie das Engagement für Rechtsstaatlichkeit. Das Parlament berät voraussichtlich in der Sommer- und in der Herbstsession über die Botschaft.

Die Internationale Zusammenarbeit (IZA) der Schweiz hat in den letzten Jahrzehnten viel erreicht und Wirkung gezeigt. In der Periode 2017-2020 erhielten dank Schweizer Unterstützung 9 Millionen Menschen Zugang zu Grundausbildung und Berufsbildung - mehr als die Hälfte von ihnen waren Frauen und Mädchen, 16000 Arbeitsplätze wurden allein für Frauen in Berggebieten geschaffen und 59000 Kredite an kleine und mittlere Unternehmen in Nordafrika vergeben. 8,4 Millionen Menschen erhielten Unterstützung in Notsituationen, 1,2 Millionen beim Wiederaufbau nach Katastrophen und in humanitären Krisen. Die Schweiz begleitete 17 Friedensprozesse, so auch in Kolumbien und Mosambik. Verschiedene interne und externe Evaluationen stellen der Schweizer IZA ein gutes Zeugnis aus.

Das neue Paket

Derzeit berät das Parlament die Strategie für die nächste Periode (2021-24) der IZA. Der Bundesrat beantragt dafür fünf Rahmenkredite, unter anderem für die Finanzierung der humanitären Hilfe, der Entwicklungszusammenarbeit oder für Massnahmen der Friedensförderung. Doch die dafür vorgesehenen Mittel in der Höhe von insgesamt 11,25 Milliarden Franken für die nächsten vier Jahre entsprechen nur rund 0,46 Prozent des Bruttonationalprodukts. Das ist zu wenig: Entwicklungsorganisationen und breite Bevölkerungskreise fordern seit Jahren 0,7 Prozent. Das Parlament muss hier dringend nachbessern. Für Entwicklungsländer ist die Klimakrise eine enorme Herausforderung. Die Veränderung von Regenperioden, zunehmende Dürren oder der steigende Meeresspiegel verursachen massive Kosten und verschärfen Armut und Ungleichheit zusätzlich. Für die Bewältigung der Klimakrise kann man nicht einfach die Gelder der internationalen Zusammenarbeit einsetzen. Dafür braucht es zusätzliche Mittel aus separaten Quellen.

Knacknuss Privatsektor

Laut der Botschaft des Bundesrats soll die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor im Rahmen der IZA weiter ausgebaut werden. Es ist unbestritten, dass dieser bei der Entwicklung von Gesellschaften und der Bereitstellung von Arbeitsplätzen eine wichtige Rolle spielt. Aber die Strategie des Bundes, wann und wie der Privatsektor mit Entwicklungsgeldern gefördert werden soll, ist völlig unausgegoren. Unter keinen Umständen dürfen privatwirtschaftliche Akteure unterstützt werden, deren Aktivitäten in Entwicklungsländern negative Auswirkungen haben. Eine von Brot für alle durchgeführte Analyse zeigt auch, dass die Gelder, die bisher für sogenannte öffentlich-private Partnerschaften (auf Englisch «Public Private Partnerships» oder PPP) eingesetzt wurden, die Erwartungen nicht erfüllten.

Die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor muss zuerst gründlich evaluiert und dann von Kriterien wie nachhaltiger Entwicklung, Menschenrechte, Umweltschutz und Steuern abhängig gemacht werden. Wie beim Engagement der Schweiz bei internationalen Entwicklungsbanken fordert *Brot für alle* auch für die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor weniger Förderung von multinationalen Unternehmen und mehr Unterstützung lokaler KMU in Entwicklungsländern. Gleichzeitig müssen zivilgesellschaftliche Organisationen vor Ort konsequent geschützt werden. Denn sie spielen bei der Bekämpfung von Korruption und Menschenrechtsverletzungen eine zentrale Rolle.

- Miges Baumann



Miges Baumann ist Co-Leiter Entwicklungspolitik bei *Brot für alle* und für den Bereich Klima 2030 zuständig Indonesien 6

Mit Landkarten gegen Landraub

Auf Borneo wächst der Widerstand gegen die Ölpalmplantagen. Dank der von *Brot für alle* unterstützten Kartierung gibt es erste Erfolge.



Gemeinsam mit Walhi werden die GPS-Daten auf dem Computer erfasst und zu einer Landkarte zusammengefügt.

Manchmal übertrifft die Realität die schönsten Vorstellungen, die man sich von einer Landschaft macht. Einer dieser magischen Orte liegt in der Nähe des Dorfes Silit, mitten im Dschungel der Insel Borneo. Glasklares Wasser rauscht in Kaskaden in ein Becken, in dem sich herrlich schwimmen lässt. Darum herum stehen die Bäume dicht an dicht, stolze Urwaldriesen, die ein Geflecht von Grün in den Himmel wachsen lassen. Die perfekte Regenwaldidylle. Doch der Wald und der paradiesische Badeplatz sind bedroht. Weiter unten im Tal breitet sich die Monotonie der Ölpalmplantagen aus. Und die Vertreter der Konzerne kommen immer wieder nach Silit, um dem Dorf Angebote zu unterbreiten.

Die Menschen hier sind Dayak, die indigene Bevölkerung der Provinz Westkalimantan

im indonesischen Teil Borneos. Allein in dieser Region wurden Palmöllizenzen für eine Fläche grösser als die Schweiz vergeben. Anton Widjaya von der von *Brot für alle* unterstützten Umweltorganisation Walhi warnt: «Wenn das alles gerodet und mit Ölpalmen bepflanzt wird, leiden nicht nur die lokale Umwelt und das globale Klima. Es kommt auch zu sozialen Konflikten um das knapper werdende Land.»

Widerstand mit dem GPS

Land und Wald sind die Grundlage der indigenen Kultur. Sie sind für die Dayak die Mutter, die das Überleben ermöglicht. Auf dieser Vorstellung fusst auch das traditionelle Rechtssystem, das Adat. Demnach können Personen Boden nicht besitzen, sondern bloss nutzen. Diese Nutzungsrechte können auch nicht verkauft, sondern nur für eine bestimmte Zeit ausgeliehen werden. Das Adat steht mit dem Landrecht des modernen indonesischen Staates in Konflikt. Die vielen Grauzonen versuchen die lokale Behörden und Palmölfirmen zu ihren Gunsten zu nutzen. Gigantische Landflächen wurden nach der Verpachtung an Palmölfirmen nicht wieder zurückgegeben. Die Dayak beginnen diese Täuschung erst seit kurzem zu verstehen und sich dagegen zu wehren.

Dazu müssen sie oft tagelang durch den Dschungel marschieren, auf schmalen Pfaden oder quer durchs Unterholz. Bei markanten Bäumen, an Weggabelungen, Bächen und Flüssen bleiben sie stehen und nehmen mit einem GPS-Gerät Koordinaten auf. Zurück im Dorf, übermitteln sie die Daten an die Spezialisten von Walhi. Und am Computer entstehen danach jene Produkte, die im Kampf gegen den Vormarsch der Plantagen überraschend gute Dienste leisten: Landkarten.

In Silit hat sich das ganze Dorf zur feierlichen Übergabe der Karte versammelt, die Anton Widjaya mitgebracht hat. Die Frauen haben Indonesien



Die Bewohnerinnen und Bewohner von Silit begutachten die Karte, die sie mithilfe von Walhi und zum Schutz ihres Regenwaldes erstellt haben.

sich in festliche Sarongs gekleidet, die Männer nehmen die Karte sofort unter die Lupe. Sie zeigt den Grenzverlauf des Dorfgebiets, das eine Fläche von 40 Quadratkilometern umfasst, fast doppelt so viel wie die Stadt Basel. 70 Prozent davon sind unberührter Regenwald.

Diesen wollen die Menschen in Silit unbedingt erhalten. «Wir haben gesehen, was in Dörfern geschehen ist, die Land an die Palmölfirmen abgetreten haben», sagt Makarius Inus, der Dorfvorsteher. Die Plantagenbesitzer hätten ihre Versprechen nicht gehalten, und nun sei das Land verloren. Deshalb habe man Walhi gebeten, von Silit eine Karte zu machen.

Silit will die Karte nun von den lokalen Behörden bestätigen und registrieren lassen. Denn nur so lassen sich die traditionellen Landrechte belegen, die vor einer weiteren Ausdehnung der Ölpalmplantagen schützen. Unterstützung kam Ende letzten Jahres auch vom indonesischen Verfassungsgericht. Es verbot in einem von Walhi eingeleiteten Verfahren jede Umwandlung von offiziell anerkannten geschützten Wäldern in Plantagen. Damit stieg die Chance, dass der Wasserfall von Silit noch lange von intaktem Wald umgeben ist.

— Lorenz Kummer



Schritt für Schritt kämpfen sich die GPS-Datensammlerinnen und -sammler durch den unwegbaren Dschungel.

Im Wandel 8

Mit gebündelter Kraft in die Zukunft

Im Interview sagen die Geschäftsführer von Brot für alle und HEKS, welche Ideen und Visionen hinter der geplanten Fusion stehen.

Wenn Sie an die jeweilige Organisation denken, die Sie führen: Was zeichnet diese besonders aus?

Bernard DuPasquier Brot für alle ist eine entwicklungspolitische Organisation. Wir führen Kampagnen, um Anliegen wie das Recht auf Nahrung, mehr Konzernverantwortung, faire Arbeitsbedingungen und Klimagerechtigkeit durchzusetzen. Wir müssen agil sein und rasch auf Entwicklungen reagieren können. In den vergangenen Jahren haben wir eine Organisationsform entwickelt, die zu diesem Auftrag passt.

Peter Merz Die Spezialität von HEKS ist die Programmarbeit in rund 30 Ländern und in unseren sechs Regionalstellen im Inland. Wir sind nahe bei den Menschen und versuchen gemeinsam mit ihnen, ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Über unsere menschenrechtsbasierte Programmarbeit wirken wir zudem auf systemische Veränderungen hin. Stolz bin ich auch darauf, dass wir so viele Menschen mobilisieren können, die unsere Arbeit unterstützen.

Welches sollen die Stärken und Schwerpunkte der gemeinsamen Organisation werden?

Peter Merz Der Haupttreiber für den Zusammenschluss ist, dass wir uns mit unseren jeweiligen Schwerpunkten sehr gut ergänzen: Auf der einen Seite Brot für

alle mit der entwicklungspolitischen Mobilisierung und Sensibilisierung mittels Kampagnen und auf der anderen Seite HEKS mit seiner konkreten Programmarbeit.

Bernard DuPasquier Strategische Fokusthemen wie Klima und der Kampf um Landrechte werden ja bereits heute von beiden Organisationen bearbeitet. Der Zusammen-

«Ich sehe eine Chance darin, dass wir Programmarbeit und Campaigning zusammenbringen»

schluss schafft ein enormes Mobilisierungspotenzial, indem wir unsere Kompetenzen und Netzwerke zusammenbringen und so gemeinsam mehr Wirkung entfalten können.

Peter Merz Ein weiterer Schwerpunkt der neuen Organisation wird das Thema Migration sein. Da lässt sich ebenfalls unsere Programmarbeit im Ausland mit unserer Inlandarbeit verknüpfen. Letztere ist darauf ausgerichtet, die Menschen, die zu uns kommen. zu integrieren und ihnen zum Beispiel den Zugang zu Rechtsberatung, zu unserem Arbeitsmarkt sowie zu Sprache und Bildung zu ermöglichen.

Die Fusion von Brot für alle und **HEKS** war in der Vergangenheit schon öfters ein Thema. Wieso ist die Zeit genau jetzt reif dafür? Bernard DuPasquier Dafür gibt es verschiedene Gründe. Um auf internationaler Ebene relevant zu sein beziehungsweise zu bleiben, müssen wir die Kräfte bündeln. Zudem macht die Aufteilung in eine Organisation, die Programmarbeit leistet, und eine, die entwicklungspolitische Sensibilisierung betreibt, im Zeitalter der Agenda 2030 keinen Sinn mehr.

Peter Merz Dazu kommt, dass sich HEKS im Bereich der Sensibilisierungsarbeit entwickelt und Brot für alle für ihre entwicklungspolitischen Studien im Süden recherchiert. Eine Rolle spielt auch der wachsende Kostendruck in der NGO-Welt, der den Bestrebungen zu einer Fusion zusätzlichen Schub verliehen hat. Dementsprechend kam denn auch der Auftrag der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz EKS als gemeinsamer Stifterin, den Zusammenschluss erneut zu prüfen.

Wo sehen Sie die grössten Chancen der Fusion, wo die grössten Risiken?

Peter Merz Ich sehe eine Chance darin, dass wir voneinander lernen und komplementäre Bereiche wie Programmarbeit und Campaigning zusammenbringen können. Eine weitere Chance ist, dass wir in Zukunft als ein einziges kirchliches Werk auftreten und damit ein noch breiteres Zielpublikum ansprechen können

Bernard DuPasquier Wir werden dann Erfolg haben, wenn wir es schaffen, aus den beiden Werken mit ihren unterschiedlichen Kulturen eine neue Organisation mit einer gemeinsamen Kultur zu entwickeln. Wir stehen vor der gleichen Herausforderung wie unsere gesamte Gesellschaft: Wir müssen uns als von der Vorstellung verabschieden, dass jeder für sich am besten ist.

Die beiden Werke haben zwar die gleiche kirchliche DNA, pflegen aber sehr unterschiedliche Unternehmenskulturen. Wie soll daraus eine gemeinsame, harmonisches Kultur entstehen?

Bernard DuPasquier Mir ist besonders wichtig, dass es in der neuen Organisation einen Raum gibt, in dem wir gemeinsam, ohne rigide Planung, experimentieren sowie neue Formen der Zusammenarbeit und Arbeitsweisen ausprobieren können. Zudem ist es wichtig, dass die Mitarbeitenden bereits jetzt zusammenarbeiten können. Wir haben die konkrete

Im Wandel 9



Bernard DuPasquier, Geschäftsführer von *Brot für alle* (links) und Peter Merz, Direktor von HEKS (rechts), führen die beiden Werke in eine gemeinsame Zukunft.

Arbeit im Frühsommer letzten Jahres aufgenommen und sind seither schon grosse Schritte vorangekommen. Das stimmt zuversichtlich, dass wir trotz unterschiedlichen Führungsstilen und Kulturen pragmatisch und wirkungsvoll zusammenarbeiten können.

Peter Merz Ich glaube auch, dass sich die neue Kultur durch die konkrete Zusammenarbeit in Workshops, Projektgruppen, Kampagnen, Programmen und Themen entwickeln wird. Wir sitzen ja heute schon in den gleichen Gremien und organisationsübergreifenden Arbeitsgruppen. Dies gilt es zu verstärken. Bedingung ist, dass wir bereit und fähig sind, themen- und bereichsübergreifend zu denken und zu handeln.

Welches sind die wichtigsten Schritte, die auf dem Weg zur Fusion noch bevorstehen? Bernard DuPasquier Für mich sind die grossen Meilensteine die Erarbeitung einer gemeinsamen Organisationsform, Strategie und Marke. Diese Aufgaben sollten wir bis im kommenden Herbst bearbeitet haben. Im November

«Um international relevant zu sein und zu bleiben, müssen wir die Kräfte bündeln»

Bernard DuPasquier

2020 müssen die Organisationsform und die neuen Statuten durch die Synode der EKS abgesegnet werden. Danach folgt ein offizieller Fusionsantrag an die eidgenössische Stiftungsaufsicht. Ist deren Antwort positiv, braucht es noch einen Eintrag im Handels-

register. Aus diesem Grund ist eine Fusion nicht vor dem 1. Januar 2022 möglich.

Ändert sich mit dem Zusammenschluss etwas für die Kirchgemeinden, die bislang beide Werke oder nur eines der beiden Werke unterstützt haben?

Peter Merz Für die Kirchgemeinden wird es einfacher, sie können ihre Kräfte auf ein Werk fokussieren. Die Ökumenische Kampagne, Inland- und Auslandkampagnen, alles wird aus einer Hand angeboten. Zudem wollen wir, dass unsere Arbeit durch die Komplementarität von Programmarbeit und politischer Arbeit an Relevanz gewinnt. Damit können wir auch innerhalb von Alliance Sud (gemeinsamer entwicklungspolitischer Think-Tank der sechs Schweizer Entwicklungsorganisationen HEKS, Brot für alle, Swissaid, Fastenopfer, Helvetas und Caritas; Anm. der Redaktion) oder der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) profilierter und dezidierter auftreten.

Bernard DuPasquier Die Auswahl der Projekte, Programme und Aktivitäten, welche die Kirchgemeinden unterstützen können, bleibt gleich. Für sie wird es aber einfacher, weil sie bei den Spendensammlungen während der Ökumenischen Kampagne direkt an die einzelnen Werke spenden können.

Was passiert mit der Ökumenischen Kampagne, die seit über 50 Jahren von *Brot für alle* und *Fastenopfer* getragen wird?

Bernard DuPasquier Die Ökumenische Kampagne und die ökumenische Zusammenarbeit werden weitergeführt. Über die Sammlung und das Projektheft war HEKS schon immer Teil der Ökumenischen Kampagne, was künftig sicher noch bewusster wahrgenommen wird.

Wo soll in Ihrer Vorstellung die neue Organisation in fünf Jahren stehen?

Peter Merz Ich wünschte mir, dass man in fünf Jahren nicht mehr von *Brot für alle* und HEKS spricht, sondern von einem gemeinsamen Werk, das politisch und programmatisch arbeitet und ein respektierter Akteur ist, mit einer starken In- und Auslandarbeit.

Bernard DuPasquier Ich finde es sehr schwierig, im heutigen Kontext eine Aussage darüber zu machen, wie es in fünf Jahren sein wird. Ich wünsche mir aber, dass wir dann stolz sein können auf das, was wir gemeinsam entwickelt haben. Und dass wir mit unseren Themen und der Art, wie wir sie bearbeiten, ein Vorbild sein werden für eine nachhaltige Umsetzung der Uno-Nachhaltigkeitsziele.

Interview: Pascale Schnyder, Dieter Wüthrich

Eine ausführliche Version dieses Interviews finden Sie auf: www.brotfueralle.ch/fusion



Weltweit setzen sich Menschen für bessere Lebensbedingungen und eine gerechtere Welt ein. Viele von ihnen nehmen dafür beträchtliche Risiken in Kauf.



ch lernte Adelso Ucelo vor fünf Jahren kennen, als er uns über seinen kleinen Betrieb im Westen Guatemalas führte. Damals erläuterte er uns im Rahmen eines Projektbesuchs, wie er seinen Kaffee agrarökologisch anbaut. Auch über sein Engagement im nationalen Netzwerk für Ernährungssouveränität Redsag, wo er sich für die Landrechte der indigenen Gemeinschaften seiner Region einsetzt, sprachen wir damals viel. Im Oktober 2018 treffe ich Adelso Ucelo wieder. An einem zentralamerikanischen Treffen von Bauern- und Indigenenorganisationen berichtet er, wie wichtig der gemeinsame Kampf ist und dass er sich nicht einschüchtern lassen wird, trotz allem. Als ich seine Geschichte höre, bin ich zutiefst erschüttert: «Sie haben meinen Sohn erschossen. Direkt vor meinem Haus. Nur um ein Zeichen zu setzen und mich einzuschüchtern. Es war ihre Rache dafür, dass ich mich wehre.» Sie, das sind die Grossgrundbesitzer und Viehzüchter der Region, die rücksichtslos Wald abholzen und das Land der lokalen Gemeinschaften in Besitz nehmen.

Ucelos Geschichte ist kein Einzelfall. Gemäss Angaben der Organisation Front Line Defenders wurden in den letzten drei Jahren in Guatemala 42 Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger getötet. Allein im Jahr 2019 wurden weltweit 304 Menschen für ihren Einsatz für Menschenrechte ermordet, zwei Drittel davon in Lateinamerika. Dabei sind gezielte Tötungen nur die Spitze des Eisbergs. Aktivistinnen und Aktivisten werden durch willkürliche Festnahmen, Gewalt, Drohungen oder Verleumdungskampagnen eingeschüchtert. Je nach Land oder Region geht dies von privaten Akteuren, Milizen, Sicherheitsdiensten, aber auch von Angehörigen der Polizei und des Militärs aus. Mit Strafen haben die wenigsten von ihnen zu rechnen, weil sie oder ihre Auftraggebenden von der Regierung gedeckt werden oder über ausreichend Einfluss verfügen, um die Strafverfolgung zu verhindern; oder weil die Täter, wie zum Beispiel in Guatemala, sich darauf verlassen können, dass solche Straftaten nicht verfolgt werden.

Der Spielraum wird kleiner

Auf internationaler Ebene gelang es bisher nicht, jene Menschen, die ihr Leben für die Menschenrechte aufs Spiel setzen, besser zu schützen. Stattdessen wird der Handlungsspielraum von Menschenrechts-, Umwelt-, Entwicklungs- oder Indigenenorganisationen, von Gewerkschaften sowie kritischen Medienschaffenden immer kleiner. Das zeigen die Daten im Atlas der Zivilgesellschaft von Brot für die Welt und Civicus: Nur rund vier Prozent der Weltbevölkerung in 45 Ländern geniessen uneingeschränkte zivilgesellschaftliche Freiheiten; in 109 Staaten ist die Freiheit in unterschiedlichem Mass eingeschränkt, und für ein knappes Drittel der Weltbevölkerung ist der zivilgesellschaftliche Spielraum durch autoritäre Staaten komplett geschlossen.

Auch in Guatemala beschneidet die Regierung den Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft immer Dossier 12

stärker. Erst kürzlich, am 11. Februar 2020, hat der Kongress ein Dekret erlassen, das den Staat ermächtigt, NGOs ihre Registrierung zu entziehen, «wenn die öffentliche Ordnung es erfordert». So will der Staat künftig Finanzierung und Aktivitäten von nationalen und ausländischen NGOs zentral kontrollieren; deren Jahresplanungen und Budgets müssen von der Regierung genehmigt werden. Von unabhängigen Nichtregierungsorganisationen kann dann keine Rede mehr sein. Die Partnerorganisationen von *Brot für alle* in Guatemala, darunter auch Redsag, wehren sich vehement gegen die Einführung dieses Gesetzes. Denn diese Verschärfung bestehender Kontrollmechanismen dient einzig dazu, die Arbeit kritischer Organisationen einzuschränken oder sogar ganz zu verhindern.

Schon jetzt ist der Kampf gegen Korruption, Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung ungeheuer schwierig, wie das tragische Beispiel von Adelso Ucelo zeigt. Sein Schicksal ist eines von vielen, nicht nur in Guatemala. Als Einzelne stehen die Menschen dem einflussreichen Geflecht aus Grossgrundbesitzern, Drogenmafia sowie nationalen und internationalen Firmen weitgehend machtlos gegenüber. Umso wichtiger ist eine starke Zivilgesellschaft überall dort, wo der Staat die Rechte und Unversehrtheit seiner Bürgerinnen und Bürger nicht schützt.

Internationale Solidarität wichtiger denn je

Damit die internationale Gemeinschaft den Menschenrechten zum Durchbruch verhelfen kann, braucht es nebst hehren Worten und Vereinbarungen auch handfeste Unterstützung, sei es durch finanzielle Beiträge etwa für die Ausbildung von Staatsanwälten und Richterinnen, sei es durch internationalen Druck auf Länder, die Menschenrechte mit den Füssen treten. Wichtig ist zudem die Stärkung lokaler Organisationen sowie bestehender Allianzen wie zum Beispiel die Plattform gegen Straflosigkeit in Guatemala und Honduras, die auch *Brot für alle* aktiv unterstützt.

Geschichten wie jene von Adelso Ucelo beeindrucken mich enorm. So erschütternd sie sind, so motivierend sind ihre Kraft und ihr Mut. Für mich in der Schweiz, wo Engagement so unendlich viel leichter und sicherer ist, sind sie ein wichtiger Antrieb, sich gerade auch hierzulande solidarisch für Menschenrechte und Gerechtigkeit einzusetzen. — *Tina Goethe*





Khalisah **Khalid**

«Während der Studentendemonstrationen gegen Suhartos Militärdiktatur verwandelte mein Vater unser Haus in eine öffentliche Küche, wo er für Freiwillige von Walhi und Studierende kochte. So hörte ich von klein auf von den vielen Ungerechtigkeiten. Mein Engagement habe ich sozusagen geerbt», erzählt Khalisah Khalid. Während ihrer Studienzeit schloss sie sich einer Studierendenorganisation an und engagierte sich bei Walhi als Freiwillige. Walhi ist die grösste Umwelt- und Menschenrechtsorganisation in Indonesien und Partnerorganisation von Brot für alle. Während des Tsunamis 2004 war Khalisah Khalid wissenschaftliche Leiterin von Walhi Aceh. Inzwischen ist sie Vizedirektorin von Walhi National und zuständig für politische Analysen und Kampagnen sowie Genderfragen.

«Alle Menschen haben die gleichen Rechte - egal, wo und wie sie leben. Ein Teil meiner Arbeit ist es, diese Rechte für Opfer von Menschenrechtsverletzungen einzufordern. Wir müssen die Menschenrechte verteidigen und für sie kämpfen. Jedes Mal, wenn wir einen Erfolg verbuchen, macht mich das stolz. An der Seite dieser Menschen kämpfen zu dürfen, gibt mir Kraft. Sie sind so stark, wie ich es niemals sein werde. Jedes Treffen mit ihnen lädt meine Batterie. Diese Energie setze ich dann wieder für soziale Gerechtigkeit und den Umweltschutz ein. Ich glaube fest daran, dass die Zukunft besser wird.» Auch ihre kleine Tochter engagiert sich schon. Während der Schülerstreiks für Klimagerechtigkeit hält das Mädchen einen Pappkarton in die Höhe, darauf steht «Pak Präsident, hilf den Urwald retten!» Die Arbeit für Walhi ist nicht ungefährlich. Erst 2019 kam erneut ein Walhi-Aktivist in Nord-Sumatra um. Alles deutet darauf hin, dass er ermordet wurde. Für Khalid ist das eine grosse Belastung. In der riesigen Stadt Jakarta ist es für sie zwar etwas einfacher, anonym zu bleiben. Dennoch ist sie immer angespannt. Vielleicht reist sie deshalb so gern in das Urwald-Dorf Silit in Westkalimantan.

Dieses Dorf hat sich bis heute erfolgreich gegen den Landraub durch Ölpalmplantagen gewehrt. Hier arbeitet die Aktivistin mit den Frauen und führt mit ihnen Workshops durch. In der Natur und bei den Menschen in Silit fühlt sie sich wohl und ist entspannt.

«Die Frauen in Silit wollen sich weiterhin am Schutz des Waldes beteiligen. Sie sind entschlossen, die Zukunft des Dorfes für ihre Kinder mitzugestalten», sagt Khalid. «Wir glauben, dass es die Kenntnisse von Frauen und Männern braucht, damit eine starke Bewegung von der Basis her entstehen kann, die für soziale Gerechtigkeit und die Umwelt kämpft.» - Miges Baumann

Octavio Sanchez

«Wir kämpfen für Ernährungssouveränität und die bäuerliche Landwirtschaft, weil Honduras ein Entwicklungsmodell verfolgt, das auf Raubbau und einer exportorientierten Landwirtschaft basiert», fasst Octavio Sanchez zusammen. Er ist Direktor der honduranischen Organisation Anafae, die sich für Ernährungssicherheit und ökologische Landwirtschaft engagiert.

Das Recht auf Saatgut gehört zu den wichtigsten Themen von Anafae. Das sogenannte Monsanto-Gesetz bedroht die Kleinbäuerinnen und -bauern, weil es Wissenschaftlern und Samenzüchtern ermöglicht, jegliches Saatgut zu registrieren, das in anderen Ländern bereits zertifiziert worden ist. Dazu gehört auch das Saatgut für Mais und Bohnen, die für die Ernährungssouveränität des Landes eine wichtige Rolle spielen. «Wir reichten gegen dieses Gesetz eine Verfassungsklage ein, die aber abgewiesen wurde. Mit Unterstützung von Brot für alle und Fian haben wir dann dagegen appelliert», sagt Sanchez und stellt in Aussicht: «Wir erwarten, dass auch dieses Dokument zurückgewiesen wird, so dass wir uns in einem nächsten Schritt an den Interamerikanischen Menschengerichtshof wenden werden.»

Ebenfalls mit Unterstützung von *Brot für alle* widersetzt sich Anafae einem weiteren Gesetz, mit dem der Staat die Produzenten dazu verpflichten will, ihr eigenes Saatgut zu zertifizieren. «In Honduras verwenden die Bauern seit je ihre eigenen Samen. Dieses Gesetz würde sie dazu zwingen, Saatgut zu kaufen», erklärt Sanchez.

Statt sich für die Ernährung der Menschen vor Ort und ihre Rechte einzusetzen, fördert der honduranische Staat jene Organisationen, die für den Handel oder den Export produzieren, häufig sogar noch mit Unterstützung von Entwicklungsagenturen. Deshalb sehen sich viele Menschen gezwungen, auszuwandern und sich in fremden Ländern als billige Arbeitskräfte zu verdingen.»

Woher kommt Octavios Opposition gegen das herrschende Modell? «Das hat mit meiner Herkunft zu tun: Ich bin der Sohn eines Bauern, der das Recht einfordert, so zu leben wie in seiner Kindheit. In Freiheit, Liebe, in der Gemeinschaft. Ist das zu viel verlangt?»

Und wie ist die Situation der Zivilgesellschaft in einem Land, wo die Gewalt explodiert, wie der Mord an Berta Caceres gezeigt hat, der Verteidigerin der Rechte von Indigenen und der Umwelt? «Es ist sehr schwierig», sagt Octavio. «Wir erheben unsere Hände, um uns zu verteidigen. Aber die Diktatur verunmöglicht das Gespräch. Zum Glück haben wir eine Zivilgesellschaft, die Widerstand leistet. Der Preis dazu ist jedoch hoch. Zahlreiche Bauern und soziale Aktivistinnen bezahlen für den Widerstand mit ihrem Leben.»

— Isolda Agazzi



«Ich fordere das Recht ein, in Freiheit, Liebe, in der Gemeinschaft zu leben. Ist das zu viel verlangt?»

Octavio Sanchez

Dossier 15



Silva Lieberherr

«Was auf dieser Welt passiert, hat mich schon als Kind stark berührt», sagt Silva Lieberherr. Deshalb wollte sie als Kind Ärztin werden. Ihr Werdegang als Aktivistin begann im Winterthurer Jugendparlament und führte sie später in die von ihr mitgegründete Juso Winterthur. Es folgten ein Studium in Agrarwissenschaften an der ETH Zürich und Praktika in der Entwicklungszusammenarbeit. «Doch ich merkte schnell, dass ich nicht einfach nur helfen, sondern über Ungerechtigkeit und die globalen Zusammenhänge sprechen und mich dafür engagieren will, dass sich auf struktureller Ebene etwas verändert», sagt sie bestimmt.

Ungerechtigkeiten hat sie bei ihren Auslandsaufenthalten immer wieder miterlebt. In Indien forschte sie für ihre Dissertation längere Zeit zur Landwirtschaftskrise und den damit verbundenen Selbstmorden indischer Bauern und Bäuerinnen. «Diese Zeit hat mich noch stärker politisiert», sagt sie. Die Ausbreitung der globalisierten industriellen Landwirtschaft und die Verschuldungsspirale, in welche die Bauern gerieten, haben in den letzten zwanzig Jahren 200 000 von ihnen in den Selbstmord getrieben.

Bei *Brot für alle*, wo sie seit 2015 für das Thema Land Grabbing zuständig ist, kann die Agronomin ihr Wissen und ihr politisches Engagement vereinen. «Ein Privileg für mich», sagt sie. Oft ist sie im Rahmen ihrer Arbeit in Sierra Leone oder Liberia. Dort dokumentiert sie mit Partnerorganisationen vor Ort die Situation von Menschen, die von globalen Rohstoffkonzernen und mit Unterstützung der Regierungen von ihrem Land vertrieben wurden.

Für Silva Lieberherr ist klar, wo die Wurzeln des Übels liegen: «Das globale Ausbeutungssystem hat mit dem Kolonialismus begonnen und sich im Kapitalismus fortgeschrieben», sagt sie. Der Rohstoffsektor und die immer mächtigeren globalen Konzerne seien gewichtige Beispiele dafür. Wenn sie auf Podien oder vor Universitätsklassen über die globalen Zusammenhänge von Ungerechtigkeit spricht, wird sie oft gefragt, wie wir bewusster oder nachhaltiger konsumieren können. «Natürlich sollten wir möglichst nachhaltig konsumieren», sagt sie dazu. «Doch es ist erschreckend, wie viele Leute sich heute nur noch als Konsumierende wahrnehmen.» Die individuelle Schuldfrage lähme viele Menschen. «Ich kann sehr wohl gegen Rohstoffkonzerne kämpfen, auch wenn ich ein Handy besitze», erklärt Lieberherr. «Anstatt uns schuldig zu fühlen, sollten wir endlich begreifen, dass die Ursachen systemisch sind und wir deshalb am System etwas verändern müssen - als politische Menschen und Teil von solidarischen Bewegungen, die nach neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen suchen.» — $Pascale\ Schnyder$



Andreas Frei

«Es war ein schleichender Prozess, der mich hierher geführt hat», sagt Andreas Frei. Mit «hierher» meint er sein Engagement für den Umwelt- und Klimaschutz, das beruflich wie privat viel Platz in seinem Leben einnimmt. Zehn Jahre arbeitete Andreas Frei als Pfarrer in Wipkingen, dann begann er Kirchgemeinden auf ihrem Weg zur Erlangung des Nachhaltigkeitslabels «Grüner Güggel» zu begleiten. Seit Anfang 2020 arbeitet er beim Verein Kirche und Umwelt oeku. Ihm ist es zu verdanken, dass es dieses Label in der Schweiz überhaupt gibt. Bereits als Pfarrer interessierte er sich für Umweltfragen. Damals entdeckte er, dass es in Deutschland ein Label für nachhaltige Kirchgemeinden gab, in der Schweiz jedoch nicht.«Das hat mich gestört. Also begann ich, mich zu informieren und Kontakte zu knüpfen», erinnert sich Frei. Noch während seiner Tätigkeit als Pfarrer besuchte er in Württemberg einen Lehrgang, um Kirchgemeinden zur Erlangung des Labels zu führen, und suchte sich in der Schweiz eine Kirchgemeinde, die bereit war, mit ihm ein Pilotprojekt zu starten. Was als Einzelinitiative begann, ist zu einem ausgereiften Angebot geworden, und die Nachfrage nimmt laufend zu.

Auch privat spielt der Umweltschutz für Andreas Frei eine wichtige Rolle.«Ich hatte bereits als Kind einen starken Naturbezug und habe meine Freizeit draussen und im Wald

«Ich muss bei mir beginnen, wenn ich etwas verändern will»

Andreas Frei

verbracht», sagt der engagierte Umweltschützer, der am liebsten mit Wander- oder Schneeschuhen durch Wälder. Wiesen und Berge streift. Seine Liebe zur Natur und das damit verbundene Verantwortungsgefühl sind für ihn der Schlüssel für sein Engagement. Ein Zitat von Mahatma Gandhi begleitet ihn dabei: «Für mich ist klar, dass ich bei mir beginnen muss, wenn ich auf dieser Welt etwas verändern möchte». Sein Ziel ist ein 2000-Watt-Lebensstil. Diesem nähert er sich schrittweise an, so dass er nie den Spass an der Sache verliert. «Wir haben alle Schwachstellen, und das ist auch ok», sagt er. Seit Anfang Jahr engagiert sich Andreas Frei auch als freiwilliger Moderator im Rahmen der KlimaGespräche und leitet derzeit eine Gruppe in Bern. «Mir gefällt, dass in den Klima-Gesprächen nicht nur darüber philosophiert wird, was man tun könnte. Man schaut den eigenen Fussabdruck ganz genau an und entwickelt daraus konkrete Schritte», sagt Frei. Was ihm dabei auch gefällt, ist der Austausch mit Gleichgesinnten, das mache Mut. Den Mut ob all dem, was über den Klimawandel geschrieben wird, nicht zu verlieren, ist nicht immer einfach.«Ich habe aufgehört, mir immer zu überlegen, wo die Welt in dreissig Jahren stehen wird», sagt Frei. Er handle einfach aus Überzeugung - oder in den Worten von Martin Luther: «Und wenn die Welt morgen untergeht, dann pflanze ich heute trotzdem einen Apfelbaum». — Pascale Schnyder



Juana Vásquez

«Als mir die Unterdrückung und Ausbeutung meines Volkes bewusst wurde, verliess ich das Kloster, um mein Volk zu begleiten», sagt Juana Vásquez Arcón. Die ehemalige Nonne ist eine Ajg'ij, eine Hüterin der Maya-Kalender, die in den Maya-Gemeinschaften Guatemalas traditionellerweise das gesellschaftliche und spirituelle Leben lenken. Geboren ist sie im guatemaltekischen Hochland, wo mehrheitlich Indigene leben. Schon als Kind beeindruckten sie der gemeinschaftliche Zusammenhalt und die gegenseitige Unterstützung der Maya. Als Koordinatorin von Komon Ajq'ijab' will sie die 22 Sprachgemeinschaften der Maya stärker zusammenbringen und sich für die Rechte der Indigenen in Guatemala einsetzen. Komon Ajq'ijab' ist eine Partnerorganisation von Brot für alle und Fastenopfer. Das traditionelle Saatgut der Maya steht für die Organisation im Zentrum ihres Schaffens. «Saatgut ist Leben. Ohne Saatgut gibt es weder Wachstum noch menschliches, tierisches oder pflanzliches Leben», sagt Juana Vásquez und hebt die spirituelle Dimension von Saatgut hervor. In der Kosmologie der Maya ist das Maiskorn der Ursprung des menschlichen Lebens: Die ersten vier Frauen und Männer wurden daraus erschaffen. Gentechnische Veränderung von Saatgut, intensive Pestizidnutzung und Monokulturen sind mit diesen Vorstellungen kaum vereinbar.

Politische Bildung ist eine wichtige Komponente von Komon Ajq'ijab'. Deren Vertreterinnen und Vertreter zeigen indigenen Gemeinschaften und Organisationen Möglichkeiten auf, ihre Rechte gegenüber dem Staat und Privaten wie etwa Grossgrundbesitzern geltend zu machen. «Wir stehen vor der grossen Herausforderung, wie wir Millionen von Guatemaltekinnen und Guatemalteken die Augen öffnen können. Wir vertrauen dabei auf unsere Schwestern und Brüder, die in



ihrem Umfeld unermüdlich darauf hinarbeiten. Wir haben Hoffnung und glauben an die Veränderung», sagt sie. In Guatemala habe die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle, so Juana Vásquez, weil sie eine Überwachungsfunktion ausübe.

«Wir haben Hoffnung und glauben an die Veränderung»

Juana Vásquez

Es gelingt ihr zudem immer wieder, die Massen zu mobilisieren. So auch 2015, als der wegen Korruption angeklagte Ex-Präsident Pérez Molina auf Druck der Strasse sein Amt niederlegte. «Das war einer der grössten Erfolge der Zivilgesellschaft», sagt Vásquez. Viele guatemaltekische Kongressmitglieder fürchten jedoch, dass es ihnen ähnlich ergehen könnte, und leiteten Massnahmen ein, um diese Überwachungsfunktion zu beschneiden. Am 11. Februar 2020 verabschiedeten sie ein Gesetz, welches den NGOs eine strengere Berichterstattungspflicht vorschreibt und Grundlage dafür bietet, unliebsamen NGOs die Bewilligung zu entziehen. — Michael Kohli

Konzernverantwortung:

- Sich in einem Lokalkomitee engagieren
- Fahne aufhängen, Tasche bestellen
- Bei Freunden, Freundinnen und Bekannten für ein Ja werben
- Einen Informationsanlass oder Filmabend organisieren

Bewusster Konsum

- Produkte mit Palmöl meiden
- Handys und Computer mit transparenter, fairer Lieferkette bevorzugen
- Kleider aus fairer Textilindustrie bevorzugen
- Druck auf Behörden machen für faire Bedingungen im öffentlichen Beschaffungswesen

Klimagerechtigkeit

- Join my Challenge sich selbst und die Welt verän-
- Sich in der Klimabewegung engagieren
- Mitmachen bei Klima-Gesprächen und selber KlimaGespräche moderieren
- Betroffene des Klimawandels im Süden mit einer Spende unterstützen

Verantwortung übernehmen

Wandel

- Sich verändern, um die Welt zu verändern
- Gemeinsam neue Formen des Zusammenlebens und Wirtschaftens ausprobieren
- Schritt für Schritt zu einem suffizienten Lebensstil finden

Nachhaltigkeit im Alltag leben

Nachhaltige Landwirtschaft

- Regionale, saisonale und biologische Produkte kaufen, am besten direkt vom Hof
- Aus dem Süden nur Fairtrade- und Bioprodukte beziehen
- Agrarökologie fördern und die Biodiversität verbessern
- Spenden für den Kampf um Land- und Menschenrechte im Süden
- Politische Initiativen in der Schweiz unterstützen, die sich für eine biologische, bäuerliche Landwirtschaft einsetzen
- Eigene Lebensmittel anbauen und Bienenweiden schaffen

Sich für die Menschenrechte stark machen